

Der Kampf gegen die Multis

Von Basel aus betreiben viele multinationalen Unternehmen ihr Unheil. Syngenta, das in Kolumbien viel Schaden anrichtet, ist eines dieser Unternehmen. Multiwatch Basel, Longo mai und das Forum Civique Européen begrüßen am 17. März drei kolumbianische Landwirtinnen in Basel und nutzen die Gelegenheit, gemeinsam die Frage zu diskutieren, wie wir uns ihrem Widerstand anschliessen können.

Multiwatch Basel hat in jüngster Zeit für viel Wirbel gesorgt: AktivistInnen protestierten im November an einem Vortrag von Nestlé-CEO Paul Bulcke an der Universität Basel gegen die Ermordung eines Nestlé-Gewerkschafters in Kolumbien. Der Nestlé-CEO wurde von rund 30 schwer bewaffneten PolizistInnen beschützt. Einzelne AktivistInnen wurden kontrolliert, weggewiesen oder gar verhaftet. Flyers wurden beschlagnahmt. Auch dieses Jahr störte Multiwatch Basel gemeinsam mit der Juso und der Unia-Jugend Nordwestschweiz Bundesrat Schneider-Ammann an der Eröffnung der Muba (Mustermesse Basel). Denn dieser verteidigte seine Offshore- Praktiken als „Steuroptimierungen“. Solche Praktiken dienen in erster Linie zur Vermeidung von Steuerpflichten und Verschleierung illegaler Geldflüsse reicher Einzelpersonen und multinationalen Unternehmen. Die Zeche zahlen die Armen des Südens (die ärmsten Länder verlieren dadurch täglich 2 Milliarden Dollar an Steuern). Mit dem Anlass vom 17. März 2014 führt Multiwatch Basel seine bisherigen Aktivitäten konsequent weiter: Solidarität mit dem Widerstandskampf im globalen Süden gegen die menschenfeindlichen Praktiken multinationalen Unternehmen.

Diktatur der Multis

Das Freihandelsabkommen vom 1. Juli 2011 zwischen der Schweiz und Kolumbien beinhaltet unter anderem Bestimmungen zu geistigen Eigentumsrechten, Wettbewerb und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. KritikerInnen beschreiben das Abkommen als weiteren Wegbereiter für die Ausbreitung von multinationalen Konzernen, wie das in Basel beheimatete Unternehmen Syngenta. Die so genannten Multis erhalten zusätzliche Unterstützung von staatlicher Seite. Damit werden die Bedingungen geschaffen, unter denen sie atmen, grösser werden und sich ausbreiten können. Mit fatalen Folgen für die kolumbianische Landbevölkerung. Angesichts der Repression gegen MenschenrechtsaktivistInnen, Gewalt gegen GewerkschafterInnen und Ausgrenzung der Indigenen und AfrokolumbianerInnen kritisieren Menschenrechtsorganisationen den Abschluss eines Freihandelsabkommens, von welchem einerseits die Multis profitieren und welches andererseits kaum Bestimmungen zugunsten der prekarierten Landbevölkerung mit sich bringt. Aufgrund des „grossen Potenzials des kolumbianischen Marktes“ (Die Volkswirtschaft - Das Magazin für Wirtschaftspolitik 10-2009) ist die Schweizer Politik blind auf beiden Augen gegenüber den Menschenrechtsverletzungen, der Umweltzerstörungen und der Ausbeutung grosser multinationalen Unternehmen.

Abhängigkeit und Hunger

Kolumbien ist ein Beispiel unter vielen. Bilaterale Freihandelsabkommen wie jenes zwischen der Schweiz und Kolumbien verstärken die Folgen der radikalen Liberalisierungs- und Strukturanpassungsreformen, die IWF und Weltbank seit den 70er Jahren vielen Entwicklungsländern auferlegen. Laut „Brot für alle“ wurden wichtige Instrumente zum Schutz der Landwirtschaft und zur Preisstabilisierung aufgegeben. Die Entwicklungsländer seien dadurch gezwungen worden, ihre Märkte zu öffnen, ausländischen InvestorInnen den Zugang zu Land zu ermöglichen und strategische Nahrungsreserven aufzulösen. Das öffnete der globalen Agrarindustrie und den spekulativen Rohstoff- und Finanzgeschäften Tür und Tor. Lokale Märkte werden durch subventionierte Agrarerzeugnisse aus den Industrieländern überflutet. Anstatt Lebensmittel für lokale Märkte zu produzieren, werden nun Agrarprodukte und Rohstoffe für Industrieländer erzeugt. So sind etwa 70 Prozent aller Entwicklungsländer zu Nettoimporteuren von Nahrungsmitteln geworden und der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt völlig ausgeliefert.

Saatgut unter Kontrolle der Multis

Der Handel zwischen der Schweiz und Kolumbien ist in einem globalen Kontext zu sehen und ist alles andere als unbedeutend: Mit dem 2011 abgeschlossenen Freihandelsabkommen und dem Sitz des multinationalen Konzerns Syngenta in Basel tragen wir zur Unterdrückung der kolumbianischen Landbevölkerung bei. In Kolumbien wird die Vertreibung der Landbevölkerung mit blutiger Gewalt betrieben. Das Saatgut ist unter Kontrolle der multinationalen Konzerne. Der Widerstand der LandwirtInnen sowie der indigenen und afroamerikanischen Gemeinschaften wird brutal unterdrückt. Die Delegation der kolumbianischen LandwirtInnen wird am 17. März 2014 über die Auswirkungen der kolumbianischen Saatgut-Gesetze auf die Lebensgrundlagen der Landbevölkerung, die Umwelt, die Ernährungssouveränität der gesamten Bevölkerung und ihren Widerstand dagegen informieren. Finden wir gemeinsam mit den drei kolumbianischen Landwirtinnen heraus, wie wir uns ihrem Widerstand anschliessen können!

Vorwärts, 14.3.2014.

Vorwärts > Kolumbien. Syngenta. Ausbeutung. Vorwärts. 2014-03-14